

# Gewerkschaften in Brasilien

## Die Anfänge der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung

Die Verfassung des 1822 neugegründeten Kaiserreiches Brasilien verbot 1824 die wenigen Zünfte und Handwerkervereinigungen.

Nach Abdankung der Monarchie 1889 und der Ausrufung der Republik 1891 erlaubte die liberal und individualistisch orientierte Verfassung die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ohne Waffen und ohne Störung der öffentlichen Ordnung. Zwischen 1820 und 1910 waren fast drei Millionen Menschen nach Brasilien eingewandert, darunter über eine Million Italiener. Diese „Neubrasilianer“ arbeiteten hauptsächlich in der Kaffee-Ernte und der aufkommenden Industrie. Brasilien erreichte damit eine Einwohnerzahl von 22 Millionen. Ein 1903 erlassenes Dekret erlaubte erstmals die Gründung von Gewerkschaften auf dem Land. Ab 1907 durften auch Gewerkschaften in Industrie und Handel gegründet werden, ohne daß dies der Zustimmung der Regierung bedurft hätte. Das sollte 'dem Zwecke der Fortbildung und der Interessenverteidigung' dienen. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten sich zahlreiche Arbeitervereine gebildet, vor allem in *Rio de Janeiro* und *São Paulo*. Drucker, Eisenbahner, Schuster, Hutmacher, Maler, Tischler, Hafenarbeiter und andere taten sich in *Sindicatos de oficio* (Berufsgenossenschaften) zusammen und folgten primär anarchistischen und sozialdemokratischen Ideen. Die katholische Kirche wurde mit der Gründung von Beistandsvereinen für Krankheit und Beerdigung (*Fraternidades, Mutuas*) ebenfalls aktiv. Ab 1907 sah ein Gesetz die Ausweisung von Ausländern vor, die eine angebliche Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellen. Da 1901 noch 90% der Industriearbeiter in *São Paulo* Ausländer waren, waren auch die Gewerkschaftsführungen mit Ausländern besetzt. Daraufhin erlebte *São Paulo* 1907 einen 30-tägigen Generalstreik. Nachdem bereits zuvor anarchistische und sozialistische Gewerkschaften verschiedene nationale Kongresse durchgeführt hatten, ergriff 1912 die Regierung die Initiative. Auf dem sogenannten VI. Arbeiterkongreß wird ein Acht-Stundentag gefordert, eine *Confederação Brasileira Trabalho* und eine Arbeiterpartei, deren Ehrenvorsitzender der Präsident der Republik wurde, gegründet. An dem Generalstreik in *São Paulo* von 1917 beteiligten sich 70.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. So konnte erreicht werden, daß 1919 das erste Unfallschutzgesetz für *São Paulo* erlassen wurde. Im gleichen Jahr unterzeichnete Brasilien den Versailler Vertrag und wurde Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. 1923 wurde für die Eisenbahner eine Sozialversicherung eingeführt, welche auch Renten- und Pensionskassen in Verbindung mit ersten Kündigungsschutzbestimmungen enthielt. Unter Präsident Vargas wurde 1930 das *Ministério do Trabalho, Indústria e Comércio* (Arbeitsministerium) geschaffen. 1931 stellte er per Dekret 19.770 die Gewerkschaften unter staatliche Kontrolle durch ein Einheitsgewerkschaftssystem. Ab 1932 wurden *Juntas de Conciliação e Julgamento* (Arbeitsgerichte) eingerichtet, welche Kollektivverträge reglementierten. Bereits 1934 hob eine neue Verfassung das Dekret 19.770 wieder auf und garantierte den gewerkschaftlichen Pluralismus und die Autonomie der Gewerkschaften. Da jedoch kein Ausführungsgesetz erlassen wurde, blieb es bei der Staatsabhängigkeit der Gewerkschaften. Massenhaft wurden nun Gewerkschaften aus politischen Gründen - zur Sammlung von Wählerstimmen - gegründet. Aus den quantitativ vermehrten Gewerkschaften wurden staatliche Dienstleistungsagenturen. Ebenfalls 1934 wurde das *Instituto de Seguro Social* (das Sozialversicherungsinstitut) gegründet. 1935 wurden per Dekret Entschädigungen für Arbeiter und Arbeiterinnen bei ungerechtfertigter Kündigung festgeschrieben. Ein Jahr später

(1936) wurden die *Comissões do salário mínimo* (Kommissionen zur Festlegung des Mindestlohnes) eingerichtet. Die Verfassung *Estado Novo* (Neuer Staat) von 1937 gewährte formal die Organisationsfreiheit, jedoch nur für staatlich anerkannte Gewerkschaften. Nur diese durften noch die Interessen der Basis gegenüber dem Staat und den Unternehmen vertreten und Tarifverträge abschließen. Ab 1938/39 erhielten die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihre (Sozial-) Funktionen vom Staat delegiert. In den Ausführungsbestimmungen zur neuen Verfassung war das festgeschrieben.

## Das neue Gewerkschaftssystem

Präsident Vargas übernahm 1938/39 nahezu gleich das Gewerkschaftssystem des faschistischen Italiens Mussolinis (den *Carta di Lavoro* - das Arbeitsgesetz). Dieses ***Consolidação das Leis do Trabalho - CLT*** (Arbeits- und Gewerkschaftsgesetz) faßte frühere Gesetze zusammen und übernahm diese nahezu unverändert. Dieses *CLT* sah die Einführung einer *Imposto sindical* (Gewerkschaftssteuer) vor, welche dann auch ab 1940 erhoben wurde. Somit zahlt jede Arbeiterin und jeder Arbeiter ein Prozent seines Bruttoverdienstes in einen staatlichen Gewerkschaftsfond ein. Dabei ist es nicht entscheidend, ob sie oder er überhaupt Mitglied in einer Gewerkschaft ist. Diese so erzielten Gelderträge werden dann von staatlicher Seite an die Gewerkschaften verteilt. Aus diesem Fond werden jedoch auch Regierungsausgaben bestritten. Eine transparente Kontrolle über die Verwaltung und Verteilung beziehungsweise Nutzung dieser Gelder ist bis heute nicht gegeben. 1943 wurde das *CLT* noch einmal konsolidiert. **Diese überarbeitete Fassung gilt noch heute in Brasilien.** Dieses Gesetz sieht vor, daß es weder Einheitsgewerkschaften noch Gewerkschaftsverbände gibt. Es wird ein totaler Pluralismus verlangt. Es müssen Ortsgewerkschaften gegründet werden, welche in einem bestimmten regionalen Umfeld eine Branche vertreten und repräsentieren dürfen. Eine solche Gewerkschaft darf jedoch erst dann aktiv wirken, wenn sie beim zuständigen Arbeitsministerium die Anerkennung als Gewerkschaft beantragte und erhielt. Damit wird staatlich direkt Einfluß genommen, wo welche Gewerkschaft entstehen kann und daß keine Gewerkschaft zu mächtig wird. Sollte es sich abzeichnen, daß eine Gewerkschaft zu sehr erstarkt, wird deren territoriale Zuständigkeit so beschnitten, daß sie völlig zersplittert. Die neue Verfassung von 1946 läßt das *CLT* inkraft. Neu ist jedoch die Normierung eines Streikrechts. 1962/63 konnte das 13. Monatsgehalt gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus wurde der *Salário Família* (Familienzuschuß) eingeführt und das *Estatuto do Trabalhador Rural* (Statut des Landarbeiters) erlassen.

## Gewerkschaften während der Militärdiktatur

Die neue Militärregierung erließ 1964 ein restriktives Streikgesetz (*Lei 4.330/64*). Das hatte Verhaftungen von Gewerkschaftern zur Folge. Die Gewerkschaftsgesetze des *Estado Novo* wurden wieder rigide (>starr, streng<) angewandt. Dadurch wurden Gewerkschaften in pure soziale und medizinische Serviceeinrichtungen deklassiert. 1966 wurde der *Fundo de Garantia por Tempo de Serviço* (Garantiefond für die Dienstzeit) eingeführt. Er ermöglichte den Unternehmen eine flexiblere Entlassungspolitik, welche sich an der jeweiligen Konjunktur ausrichten ließ. Mit dem *Lei do Arrocho Salarial* (Lohngesetz), ebenfalls von 1966, machte die Regierung den Weg frei für massiven Reallohnabbau, da die Arbeitsgerichte und die Kollektivverhandlungen limitiert wurden. Die 1967 erlassene Verfassung des Militärregimes übernimmt unverändert das Prinzip der Gewerkschaftsfreiheit aus der Verfassung von 1946.

Näheres dazu bestimmt nach wie vor das *CLT*. Damit begann die düstere Phase für die brasilianische Regimeopposition. Das hatte zur Folge, daß eine Art Guerrilla-Bewegung aufkam, die insgesamt aber irrelevant blieb und eher dem Regime gute Vorwände zu mehr Repressionen bot. Etwa gleichzeitig begann das sogenannte brasilianische Wirtschaftswunder und die nationalistischen Propagandakampagnen der Militärregierung. Durch den strengen Regimekurs wurde 1969 das *Dekreto Lei 898/69 - LSN* (Gesetz zur Nationalen Sicherheit) erlassen. Es verschärfte die Strafen für die Teilnahme an illegal erklärten Streiks und allgemeinen Aktivitäten, die sich gegen die nationale Sicherheit - also das Regime - richteten.

Ab 1970 wurden verschiedene sogenannte Sozialprogramme wie das *Programa de Integração Social do Trabalhador - PIS* oder das *Programa de Valorização da Atuação Sindical* eingeführt. Sozial blieben diese Programme jedoch irrelevant. Das 1971 erlassene Gesetzesdekret 1.149 verbot die Mitgliedschaft brasilianischer Gewerkschaften in internationalen Organisationen sowie die Unterhaltung von Vertretungen derselben in Brasilien, es sei denn der *Conselho de Segurança Nacional* (Rat für die Nationale Sicherheit) hätte seine Zustimmung gegeben. Da ab 1970 alle Möglichkeiten für eine offene Interessenartikulation der Arbeiter und Arbeiterinnen absolut blockiert waren, blieben nur noch Widerstandsmaßnahmen auf Fabrikebene, die individuell an den Maschinen oder kollektiv in Abteilungen ergriffen werden konnten. Solche Maßnahmen zur Durchsetzung höherer Löhne waren beispielsweise Sabotage, indem die Beschäftigten mit der *Operação Tartaruga* die Zeit totschlügen im go-slow-Verfahren. 1977 entstand die *Luta pela Reposição Salarial* (Bewegung zur Wiedergewinnung der Löhne), welche die 1973 durch Fälschung der Statistiken geraubten Löhne und Gehälter in Höhe von mehr als 34% wieder zurückforderte. Von den Gewerkschaften ausgehend wurde hier ein hohes Maß an Mobilisierung 'der Unzufriedenheit' erreicht. Gleichzeitig forderten die *Sociedade civil* (Berufsverbände aufgeklärter Unternehmer) und die *CNBB* (brasilianische Bischofskonferenz) die Rückkehr zur Demokratie. Die damalige Regierung unter General *Geisel* pendelte jedoch zwischen *Distensão* (>Zurückhaltung, Abstand wahren<) und Sondergesetzen zur Sicherung der Wiederwahl 1978 wie das *Lei Falcão*. Das staatliche Repressionsorgan *DOI CODI* (Geheimdienst) ermordete 1975 den progressiven, das Regime anklagenden Journalisten *W. Herzog* und 1977 den Arbeiter *Manoel Fiel Filho*. In verschiedenen Gewerkschaften entstanden oppositionelle Listen gegen die staatstreuen Führungen, die *Oposições sindicais*. Die Amnestiebewegung (*Geral, Irrestrita*) gewann ab 1978 an Stärke. Ebenso auch die *Associações de Moradores de Bairro* (Stadtteilbewegung) und die *Movimento Custo de Vida* (Bewegung zur Senkung der Lebenshaltungskosten) wurden stärker in ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen (Wasser, Licht, Transport). In *São Bernardo do Campo* in der ABC-Industrieregion südlich von *São Paulo*, im brasilianischen „Detroit“, dem Zentrum der brasilianischen KFZ-Industrie, begann im Mai 1978 eine Streikwelle. Die Streiks begannen in verschiedenen Betrieben und wurden von der Gewerkschaft weitergetragen. Deren damaliger Vorsitzender **Luiz Inácio Lula da Silva** (Bild), kurz liebevoll *Lula* genannt, wurde zur nationalen Figur des Arbeiterwiderstandes. In den achtziger und neunziger Jahren kandidierte *Lula* inzwischen mehrfach zur Präsidentschaftswahl als Führer des linken Parteienbündnisses Brasiliens. Er konnte jedoch erst bei den Wahlen 2002 eine Mehrheit erreichen. Im Ergebnis der Streiks von 1978 kam es auch zu Streiks in anderen Wirtschaftsbereichen und in Staatsunternehmen. Daraufhin wurde noch im gleichen Jahr von der



Geisel-Regierung im Gesetzesdekret 1.632/78 das Streikverbot von 1969 erweitert, wonach dieses für verschiedene Wirtschaftszweige, den öffentlichen Dienst und den Banksektor galt. Wer in diesen Bereichen zu einem Streik aufrief oder 'aufwiegelte', konnte mit Gefängnis zwischen vier und zehn Jahren bestraft werden. Die Anzahl von Streiks 1979 war insgesamt höher als während der gesamten Präsidentschaftsphase von *J. Goulart* (1961 - 64). Im gleichen Jahr wurde die Arbeiterpartei **PT - Partido dos Trabalhadores**<sup>1)</sup> gegründet. Die Militärregierung antwortete mit punktuellen Repressionen, mit der Drohung zur Anwendung des Gesetzes *LSN* (zur Nationalen Sicherheit) und mit Gewerkschaftsintervention (>Einmischung<). Erste Massenentlassungen von Streikenden, Polizeirepressionen und Verhaftungen waren die Folge. Angesichts dieser zunehmenden Unruhen in den Betrieben und der wachsenden Inflation in Brasilien konzidierte (>einräumen, zugestehen<) die Regierung eine *Reajustes Semestrais* (halbjährige Lohnabpassung). 1980 traten die Metallarbeiter in der ABC-Industrieregion um *São Paulo* in einen 40-tägigen Streik. Große Massenmobilisierung verlangte nach höheren Löhnen und Gewerkschaftsfreiheit. Die Streikenden erfuhren nationale Solidarität. Die Regierung setzte daraufhin die Gewerkschaftsführung von *São Bernardo* ab und klagte sie nach dem *LSN* - Sicherheitsgesetz an. Im gleichen Jahr wurden ein *Fundo de Greve* (Streikfond) eingerichtet und entgegen dem Verbot nach dem *CLT* intergewerkschaftliche Kontakte aufgebaut. Die brasilianische Tochter des VW-Konzerns, VW do Brasil, führte eine sogenannte Belegschaftsvertretung ein, deren Funktionen allerdings sehr stark limitiert waren. Von den Gewerkschaften wurde sie als Spaltungsversuch gewertet. 1981 verschärfte sich die Wirtschaftskrise, was zu Massenentlassungen bei VW und auch bei Mercedes-Benz führte. Die Massenarbeitslosigkeit und die Staatsrepressionen gegen die Gewerkschaften führten zu einem Abflauen der Streiktätigkeiten. Arbeitsplatzgarantien und die Einrichtung und Anerkennung von Fabrikkommissionen als Organ der Belegschaftsvertretung gewannen neben Lohnfortzahlung an Priorität.



den Betrieben und der wachsenden Inflation in Brasilien konzidierte (>einräumen, zugestehen<) die Regierung eine *Reajustes Semestrais* (halbjährige Lohnabpassung). 1980 traten die Metallarbeiter in der ABC-Industrieregion um *São Paulo* in einen 40-tägigen Streik. Große Massenmobilisierung verlangte nach höheren Löhnen und Gewerkschaftsfreiheit. Die Streikenden erfuhren nationale Solidarität. Die Regierung setzte daraufhin die Gewerkschaftsführung von *São Bernardo* ab und klagte sie nach dem *LSN* - Sicherheitsgesetz an. Im gleichen Jahr wurden ein *Fundo de Greve* (Streikfond) eingerichtet und entgegen dem Verbot nach dem *CLT* intergewerkschaftliche Kontakte aufgebaut. Die brasilianische Tochter des VW-Konzerns, VW do Brasil, führte eine sogenannte Belegschaftsvertretung ein, deren Funktionen allerdings sehr stark limitiert waren. Von den Gewerkschaften wurde sie als Spaltungsversuch gewertet. 1981 verschärfte sich die Wirtschaftskrise, was zu Massenentlassungen bei VW und auch bei Mercedes-Benz führte. Die Massenarbeitslosigkeit und die Staatsrepressionen gegen die Gewerkschaften führten zu einem Abflauen der Streiktätigkeiten. Arbeitsplatzgarantien und die Einrichtung und Anerkennung von Fabrikkommissionen als Organ der Belegschaftsvertretung gewannen neben Lohnfortzahlung an Priorität.

<sup>1)</sup> PT, Partido dos Trabalhadores, deutsch: Arbeiterpartei, ist eine sozialistische Partei. Sie hat ihre Wurzeln in der Arbeiterklasse und deren Basisorganisationen, sowie in der römisch-katholischen Kirche. Diese ist in Brasilien sehr mächtig. Der Aufbau der PT findet ausgehend von zwei grundlegenden Gesichtspunkten statt: der Klassenbewegung und der Ausweitung der vollen Bürgerrechte für alle Menschen. Sie lehnt es ab, die Macht auf dem Wege eines Aufstandes zu ergreifen, insoweit es sich um einen Frontalangriff auf den Staatsapparat handelt. Bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen seit 29 Jahren im Dezember 1989 erhielt *Luiz Inácio Lula da Silva* als Kandidat des linken Parteienbündnisses unter Führung der PT 31 Millionen Stimmen und hatte damit nur fünf Prozent weniger Stimmen als *Collor*. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 siegte Lula für ein breites Parteienbündnis und regiert derzeit Brasilien.

## Eine neue Gewerkschaftsbewegung

Erst 1982 wurde die Intervention in die Metallgewerkschaft von *São Bernardo* beendet. Daraufhin verhandelte VW do Brasil mit der Gewerkschaft über eine Neuformulierung des Status der Belegschaftsvertretungen. Das dabei erzielte Ergebnis griff einige gewerkschaftliche Forderungen auf und wurde von der Gewerkschaft angenommen. Bereits 1983 gründeten sich

zwei gewerkschaftliche Dachverbände: die **Central Única dos Trabalhadores - CUT** und die **Conferência Nacional da Classe Trabalhadora - CONCLAT**, die jedoch kleiner als die CUT war. Die Gewerkschaftsführer unterstützten die Volkszählungskampagne und die Bestrebungen von Präsident **Tancredo Neves** für die **Diretas Já** (Direktwahl des Präsidenten). Der zunächst nur kurzfristig wirksame **Plano Cruzado** zur Gesundung der Staatsfinanzen Brasiliens und zur Senkung der Inflationsrate in Verbindung mit einer Währungsreform zur Wertstabilisierung brachte für die Arbeiterschaft neue Reallohnverluste. Preise stiegen auf ein hohes Niveau, wogegen die Löhne jedoch auf niedrigem Niveau festgeschrieben wurden. Auf dem II. Kongreß des CONCLAT im März 1986 wurde dieser Gewerkschaftsdachverband in die **Central Geral dos Trabalhadores - CGT** (Allgemeine Zentrale für Arbeiter) umbenannt. Der 1987 für den 20. August von der CUT und CGT anberaumte Generalstreik wurde nur in wenigen Teilen und Bereichen des Landes befolgt. Auf dem II. Kongreß der CGT im März 1991 spaltete sie sich in zwei Lager. Während sich der eine Flügel heute praktisch aufgelöst hat, hat der andere mit der **Força Sindical**, einem im März 1991 gegründeten neuen Dachverband, fusioniert. Die **Força Sindical** stellte den Versuch der Regierung des einst amtierenden Präsidenten **Collor** dar, die wachsende Hegemonie (>Oberherrschaft<) der CUT über einen Konkurrenzverband zu brechen. Tatsächlich begrenzt sich die Repräsentativität des Verbandes vorwiegend auf die Metallarbeitergewerkschaften von **São Paulo**-Stadt, deren Vorsitzender auch Präsident der **Força Sindical** ist. In den starken Bemühungen, dem IBFG<sup>21</sup> beizutreten, wurde **Força Sindical** durch die brasilianische Regierung und ausländische, konservative Gewerkschaftsverbände unterstützt.

<sup>21</sup> IBFG, Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, ist ein internationaler Zusammenschluß von nationalen Dachgewerkschaftsverbänden, der 1949 in London gegründet wurde. Seinen Sitz hat er in Brüssel, aber auch ständige Büros in Genf und New York. 1987 gehörten dem IBFG 145 Gewerkschaftsverbände aus 97 Ländern mit zusammen rund 82 Millionen Mitgliedern an.

## Die Gewerkschaften in Brasilien heute

Die zunehmende Internationalisierung (auch Globalisierung genannt) der Wirtschafts- und Finanzsektoren wirkte sich durch das weitere Öffnen Brasiliens für internationale Investoren und Technologien auch für Gewerkschaften aus. Das parallele Zusammenwirken mit Regionalisierung zeigten und zeigen deutlich den Zusammenhang von Sozialstruktur, Ökonomie, Politik und Kultur eines Landes und seiner Menschen. Kein Volk, keine Klasse oder soziale Gruppe bleibt ausgenommen von den enormen Auswirkungen dieser Phänomene. Lateinamerika und Brasilien leiden besonders stark daran, da hier über Jahre und Jahrzehnte eine progressive Entwicklung verhindert wurde. Ein Schritthalten im Sozialbereich, in der Bildung, der Gesetzgebung, und weiteren Bereichen mit den internationalen Wirtschafts- und Finanzverflechtungen war und ist kaum realisierbar. Darüber hinaus bestand und besteht noch eine Reihe von Schwierigkeiten, bezüglich des genauen Verständnisses, was geschieht. Das begründet sich im Fehlen von analytischen Instrumenten der Regierung und auch der Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen sozialen Gruppen, um sich in dieser Situation handelnd zu positionieren. Die Globalisierung und die Regionalisierung betrifft in Brasilien und im **Mercosul** alle Bereiche und große Anteile der Produktionsketten. Aus der Sicht der Arbeiterschaft erkannte die CUT diese Fragen als enorm relevant, da sie den Gewerkschaftsdachverband und seine Gewerkschaften vor neue Herausforderungen stellte, wobei klassische Antwortmuster und Instrumente des Kampfes nicht mehr ausreichen. Um auf diese angeblichen Phänomene antworten zu können, erkannte die CUT die Notwendigkeit, die Fähigkeit des genauen Diagnostizierens der Folgen der Regierungs- und



Unternehmenspolitik für die Interessenssituation der Arbeiterschaft zu erwerben. Die Gewerkschaftsbewegung, hier besonders die *CUT* und ihre Gewerkschaften, hat eine bemerkenswerte Anzahl von Foren, Ereignissen und Veranstaltungen entstehen lassen, um den Prozeß der Globalisierung mit seinen Erscheinungen und Auswirkungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen zu diskutieren. Beispielsweise ist die *CUT* auch einer der wesentlichen Unterstützer der bisherigen Weltsozialforen von Porto Alegre.

Daß es der neuen Gewerkschaftsbewegung nicht gelang, ihre zentralen Forderungen (Streikrecht, Tarifautonomie, Aufhebung der Gewerkschaftssteuer) bisher durchzusetzen, lag zum Einen an der internen, ideologischen Spaltung. Zum Anderen hatte sich bald eine starke Lobby aus Gelben Gewerkschaftern, Bürokraten der Arbeitsgerichtsbarkeit, konservativen Parteien, Unternehmen und nicht zuletzt der Regierung gebildet, die radikalen Änderungen einen Riegel vorschob. Zudem wurde der Handlungsspielraum für Gewerkschaften durch die staatlich stark gesteuerte Wirtschaftspolitik eingeschränkt. Maßnahmenpakete wie Lohn- und Preisstopps oder weitgehende Indexierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten chaotisieren die Gesamtsituation weiter und machen Gewerkschaften als Tarifpartner scheinbar überflüssig.

Gewerkschaften traditionellen Typs, die sich meist als staatshörig, basisfern und unternehmerfreundlich erwiesen haben, werden in der *CUT Pelegos* genannt. Als *Pelego* bezeichnet mensch in Brasilien eine Decke, die unter den Sattel auf den Rücken eines Pferdes gelegt wird, um den Druck beim Reiten zu mildern. Daher verbinden sich bei Gewerkschaften mit der Präsidentschaft Lulas große Hoffnungen, staatliche Barrieren abbauen zu können. Hierzu zählen sie insbesondere die Abschaffung der Gewerkschaftssteuer und die Überwindung der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, die durch das Gewerkschaftsgesetz *CLT* verlangt wird.

## Die *CUT*



Ähnlich wie in Europa oder anderen Industrienationen überwog zunächst ein Gefühl der Ohnmacht und der Unumkehrbarkeit dieser antisozialen Prozesse, welche mit der sogenannte Globalisierung verbunden sind. Das hat auch die brasilianische Gewerkschaftsbewegung daran gehindert, bereits in den achtziger Jahren ihre Möglichkeiten umfassend zu nutzen, sich als strategisch-politische Größe zu behaupten und die Interessen der Arbeiterschaft dementsprechend zu verteidigen. Zunehmend stärker beschäftigte sich die *CUT* mit der Frage, wie also konkrete Impulse für würdigere Arbeitsbedingungen und bessere Lebensverhältnisse in ganz Brasilien und an allen Orten in der Welt geschaffen und gesichert werden könnten, ohne erst auf ihre Einsetzung durch die ILO<sup>3)</sup>, die WTO<sup>4)</sup>, die Nationalregierungen, multilaterale (>vielseitige, -nationale<) Vertretungen oder wen auch immer hoffen zu müssen. Grundlegend fordern die Gewerkschaften Brasiliens, vor allem auch die *CUT*, die Einführung, Einhaltung und Kontrolle der ILO-Mindeststandards: insbesondere der Konventionen 87 und 115 zur Gewerkschaftsfreiheit; der Konventionen 98 und 135 für das Recht auf Organisation und gemeinschaftliche Verhandlung; der Konvention 111 zum Verbot jeglicher Diskriminierung; der Konvention 138 zum Verbot der Kinderarbeit; der Konventionen 29 und 105 zum Verbot der Zwangsarbeit, etc. Ferner wendet sich die *CUT* gegen das Verbot der Abtreibung. Aufgrund seiner Wichtigkeit verlangten diese Forderungen ein umfassendes Partizipationskonzept, das auch *CUT*-fremde Gewerkschaftsbewegungen in die Aktionen von Allgemeininteressen mit einschließt. Besonders eine Partnerschaft mit der *UNITRABALHO* (ein

interuniversitäres Netz der Studien und Forschungen über die Arbeit in Brasilien, das über 60 brasilianische Universitäten einschließt) wurde angestrebt und auf den Weg gebracht. Die *CUT* ist seit ihrer Gründung ein Motor für die Demokratisierung Brasiliens gewesen. So hatten die *CUT*-Gewerkschaften erheblichen Anteil an den vielfältigen Massenaktionen, die 1993 den Rücktritt des korrupten brasilianischen Präsidenten *Collor de Mello* erzwangen.

Die *CUT* ist entsprechend eines Beschlusses des fünften nationalen Plenums im Juli 1992 in *São Paulo* auch Mitglied im IBFG und engagiert sich darüber hinaus im *Mercosul* und weltweit. Die Mitgliedsgewerkschaften der *CUT* organisieren die Landarbeiter ebenso wie die Bankangestellten und die Metalller. **Sie repräsentieren heute etwa 35 Prozent aller Verbände und 70 Prozent aller Beschäftigten.** Die *CUT* ist ein sehr heterogener, in der Mehrheitslinie jedoch undogmatisch linker Dachverband.

Die Forderung nach einer Landreform, die diesen Namen verdient, gehört zu den politischen Grundsätzen der *CUT* seit ihrer Gründung. Neben der *CUT*, der etwa 800 Landarbeitergewerkschaften angehören, existierte ein weitaus größerer Dachverband im ländlichen Raum, die *CONTAG*, die über 3.300 Mitgliedsgewerkschaften zählte. Die *CONTAG* stand der Gründung der *CUT* zunächst kritisch gegenüber. Ein politischer Kompromiß hat jedoch 1995 ihren Anschluß an die *CUT* ermöglicht.

Auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover war die *CUT* mit einem Projekt zum Arbeits- und Gesundheitsschutz vertreten. Dabei wurde sie vom Deutschen Gewerkschaftsbund und verschiedenen anderen Gewerkschaften des wirtschaftlichen „Nordens“, zum Beispiel aus Spanien und Schweden, sowie durch die Europäische Union unterstützt. Als einer der wenigen Gewerkschaftsverbände weltweit hat die *CUT* 1993 eine verbindliche Frauenquote von dreißig Prozent für ihre Kongresse und Entscheidungsgremien festgelegt. Selbst eine der größten Einzelgewerkschaft der Welt, die IG Metall, hat erst auf dem 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag im Oktober 1999 in Hamburg eine Frauenquote für Gremien und Ausschüsse in Höhe des Frauenanteils der Mitgliedschaft, für welche die Gremien und Ausschüsse wirken, beschlossen.



**IG Metall**

Auf den repräsentativen Ebenen der ganzen brasilianischen Gewerkschaftsbewegung, auch der *CUT*, ist nur ein kleiner Raum für die Beteiligung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land. Das ist zum Teil in der hohen Jugendarbeitslosigkeit von etwa 23 Prozent begründet. Das hat zur Folge, dass dieser Raum noch kleiner ist, wenn wir uns die Vorstände der Gewerkschaften, so auch der *CUT*, ansehen. Allgemein hat die *CUT* weder eine Politik noch einen spezifischen Raum für die Jugend. In ihrer großen Mehrheit behandelt sie die Berufsgruppe, die sie vertritt, als eine homogene Masse und betrachtet nicht die Eigenschaften wie Geschlecht, Rasse und Alter, wenn sie eine allgemeine Politik formuliert. Dadurch fühlen sich Jugendliche auch kaum durch den Vorstand der *CUT* vertreten. Die *CUT* hat jedoch in der Formulierung einer öffentlichen Politik für die Grundschule und die berufliche Ausbildung Fortschritte gemacht. Sie betont stets, daß die berufliche Ausbildung nicht auf ein bloßes „Dressieren“ der Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt beschränkt werden darf. Die berufliche Schule hat als Ziel die Ausbildung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die technisch und politisch in dem Kampf für die Veränderung der Gesellschaft engagiert sein müssen. Die Schule muß Teil eines kontinuierlichen Erziehungsprozesses sein und auf die effektiven Bürgerrechte der Arbeiterschaft zielen. In diesem Sinn fordert die *CUT* die Gründung eines Rates mit der Vertretung der Beschäftigten, der Regierung und der Unternehmer für die Bestimmung der beruflichen Ausbildung des sogenannten „S“-Systems (*SENAI*, *SENAC*, etc.) oder irgendeiner ergänzenden Alternative zu der formalen Schule auf den Kommunal-, Land- und Bundesebenen.

Die im Mai 1997 veranstaltete Nationalkonferenz der *CUT*-Gewerkschaftsjugend hat innerhalb der Vorstandszentrale einen ersten und wichtigen Schritt in die Richtung des Aufbaus einer Politik für die arbeitende Jugend bedeutet. Mit der Teilnahme von Jugendlichen aus den Städten und vom Land war diese Konferenz ein Debattenraum über Themen, die sich auf die Jugend beziehen: wie Arbeitsmarkt, berufliche Ausbildung, Teilnahme der Jugend an der Gewerkschaftsbewegung, Gewalt, Drogen und Sexualität.

Die vielseitigen und detaillierten Forderungen der *CUT* und der *CGT* zu den Beratungen der verfassunggebenden Versammlung fanden kaum Resonanz in der neuen Verfassung von 1987/88. Sie trägt damit den Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach der Überwindung der regimegeprägten Militärära in Brasilien nur zum Teil Rechnung. So fehlen eine festgeschriebene Agrarreform, der Kündigungsschutz und die Abschaffung der Gewerkschaftssteuer, sowie eine Überarbeitung des nicht mehr zeitgemäßen Gewerkschaftsgesetzes *CLT*. Zwar wurde Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten das Recht eingeräumt, einen Repräsentanten der Belegschaft freizustellen, wurde die wöchentliche Arbeitszeit gesetzlich auf maximal 44 Stunden (zuvor 48 Stunden) herabgesetzt und der Schichtdienst von acht auf sechs Stunden gesenkt, doch sind das nur höchstens Anfänge. In vielen Großbetrieben gibt es zudem die sogenannten *CIPA*, die gesetzlich vorgeschriebenen Kommissionen für die Sicherheit am Arbeitsplatz.

<sup>3]</sup> ILO, International Labour Organization, deutsch: Internationale Arbeitsorganisation - IAO, ist eine 1946 gegründete Sonderorganisation der UNO. Ursprünglich wurde sie ins Leben gerufen im Ergebnis des Versailler Friedensvertrages und auf gewerkschaftliche Initiative bereits 1919. Ihr Sitz ist in Genf. Seit 1919 wurden von der ILO über 160 Übereinkommen und Konventionen verabschiedet. In Anerkennung ihrer Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erhielt sie 1969 den Friedensnobelpreis. In allen ILO-Gremien sind neben Regierungsvertretern auch Unternehmer- und Arbeiter/-innenvertreter gleichberechtigt vertreten (Tripartismus).

<sup>4]</sup> WTO, World Trade Organization, deutsch: Welthandelsorganisation, (nicht zu verwechseln mit ehemals WTO, World Tourism Organization, der internationale Zusammenschluß der Fremdenverkehrsländer auf Regierungsebene), wurde im Ergebnis der 1986 eröffneten sogenannten *Uruguay-Runde* des GATT<sup>5]</sup> mit Unterzeichnung der Schlußakte am 15.04.1994 in Marrakesch zum 01.01.1995 in Genf gegründet. Sie ist, anders als das GATT, nicht nur ein Abkommen zur Liberalisierung des Warenhandels durch allgemeine Zollabsenkungen und durch den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen; neben dem klassischen Warenhandel bezieht die WTO neue Bereiche mit ein, wie Patentrecht und andere Aspekte geistigen Eigentums, handelsbezogene Investitionen und den Handel mit Dienstleistungen. Im Vergleich zum GATT besitzt die WTO also viel mehr Macht und Durchsetzungskraft. Sie besitzt ein ständiges Schiedsgericht, den *Dispute Settlement Body (DSB)*.

<sup>5]</sup> GATT, General Agreement on Tariffs and Trade, deutsch: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, ist ein am 30.10.1947 in Genf von 23 Staaten abgeschlossenes, am 01.01.1948 in Kraft getretenes Abkommen zur Erleichterung des gegenseitigen Handels auf der Basis der Meistbegünstigung und zur Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das GATT ist eine Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Genf. Ihm gehörten 1988 96 Vollmitglieder, 28 De-facto-Mitglieder und ein vorläufiges Mitglied an.